Die Regierung Schröder hatte sich zusammen mit Frankreich geweigert, am Irak Krieg direkt mitzumachen. Sie wurde dafür nicht nur von Rumsfeld und den USA heftig kritisiert, auch von der CDU/CSU und anderen konservativen Kreisen in Deutschland. Der abgetretene US-Verteidigungsminister erfand das böse gemeinte Wort vom „Alten Europa“. Das wurde das Wort des Jahres 2003 und könnte inzwischen eher eine Ehrenbezeichnung sein als eine Herabwürdigung. Jetzt, da die schlimmen Folgen dieses Kriegs nicht mehr zu bestreiten sind und sogar die amerikanische Baker-Kommission das Scheitern der Militärpolitik der USA dokumentiert und eine Wende empfiehlt, hätte es eigentlich einen Sturm der Kritik der deutschen Medien an der CDU/CSU geben müssen. Nichts davon. Albrecht Müller.

Die Mehrheit der Medien ist unfähig und unwillig zu dieser notwendigen Kritik. Damit unterbleiben auch Sanktionen gegen jene Politiker, die meinen, mit Kriegen könne man Probleme lösen. Die Gruppe dieser Fantasten hat in den letzten Jahren enormen Zulauf erhalten. Es wäre wichtig, ihren Wahnsinn offen zu legen. Die Analysen und Empfehlungen der Baker-Kommission wären eine gute Gelegenheit für diesen Akt der Bereinigung. Dazu würde auch eine Rückerinnerung an die Debatte um das angeblich falsch liegende Alte Europa gehören. Schon „fressen“ jedoch Medien bei uns den konservativen Politikern wieder aus der Hand.

Siehe den SpiegelOnline Beitrag vom 08. Dezember 2006:

> **AUFBAUHILFE. Union erwägt stärkeres deutsches Engagement im Irak**
> Kurz vor den Gesprächen von Außenminister Steinmeier mit seiner US-Amtskollegin Rice in Washington mehren sich in der Union die Stimmen nach einem stärkeren deutschen Engagement im Irak. Die EU und Deutschland könnten sich noch mehr am Aufbau ziviler Strukturen beteiligen, sagte der CDU-Politiker von Klaeden.
> Berlin – “Deutschland hat jedenfalls ein essenzielles Interesse daran, dass sich die Situation im Nahen und Mittleren Osten nicht noch weiter verschlechtert”, sagte Eckart von Klaeden, außenpolitischer Sprecher der Unionsbundestagsfraktion der “Berliner Zeitung”. Er könne sich vorstellen, dass Deutschland und die EU sich noch stärker am Aufbau ziviler Strukturen im Irak beteiligten, sagte der CDU-Politiker.
> Zunächst müsse man jedoch die offizielle Entscheidung des US-Präsidenten über den künftigen Kurs der Regierung in Washington abwarten.

Kommentar:

Dass sich Deutschland einer Aufbauhilfe nicht entziehen kann, mag ja stimmen. Aber die zitierten Äußerungen zeigen auch, dass die Verantwortlichen bei der CDU/CSU offenbar noch gar nicht begriffen haben, welches Elend und Bürgerkriegspotenzial der Krieg hinterlassen hat. Schon gar nicht haben sie begriffen, dass ihre Unterstützung Bushs mit zu diesem Elend beigetragen hat.
Außerdem wäre es wohl besser, die konservativen Kräfte in Deutschland würden endlich begreifen, dass sie ihren konservativen Freunden in den USA deutlich machen müssten, dass sie nichts von deren Kreuzzug-Mentalität halten, statt devot abzuwarten, wie die offizielle Entscheidung des US-Präsidenten aussieht.